



REPORTAGE AUS DEM IRAN

KLEINE FREIHEITEN, GROSSE PROBLEME

THOMAS SCHMIDINGER. EINEN ANGRIFF DER USA AUF IHR LAND LEHNEN ALLE IRANER UND IRANER/INNEN ENTSCHEIDEN AB. SYMPATHIE FÜR DAS MULLAH-REGIME UNTER PRÄSIDENT MAHMUD AHMEDINEJAD BEDEUTET DAS ABER NOCH LANGE NICHT.



Das blieb übrig von den Teehäusern am Zayandeh-Fluss in Isfahan.

Foto: Thomas Schmiedinger

—Quizfrage: Was haben die verfeindeten Staaten USA und Iran gemeinsam? Beides sind Nichtraucherstaaten! Wer arabische Staaten kennt, wundert sich über einen Staat im Nahen Osten, in dem kaum RaucherInnen in der Öffentlichkeit zu sehen sind. In den letzten Jahren hat die iranische Regierung eine Anti-Raucherkampagne betrieben, die wie ihre US-amerikanischen und westeuropäischen Vorbilder mit Gesundheitsargumenten versuchte, den IranerInnen das Rauchen abzugewöhnen.

In Isfahan – der Stadt, die als Standort der iranischen Uranaufbereitungsanlage traurige Berühmtheit erlangt hat – wurden sogar die Teehäuser am Zayandeh-Fluss geschlossen. «Hier war alles voller Lokale», erzählt Hussein, während er mit seinen Armen über das Ufer deutet, «aber der neue Präsident hat hier alles schliessen lassen.» Jetzt hätten sich alle ihre privaten Wasserpfeifen gekauft und würden zu Hause rauchen. Die Begründung, aus Sorge um die Gesundheit der IranerInnen gegen das Rauchen vorzugehen, nimmt Hussein der Regierung nicht ganz ab: «Die wollen einfach nicht, dass sich die Leute gemeinsam amüsieren.»

Werden die USA angreifen?

Auch ein Park beim Berg Sofa am Rande der Stadt war früher als Treffpunkt für junge Paare be-

kannt. Dann liess die Regierung dort ein Denkmal für Gefallene des irakisch-iranischen Krieges errichten. Isfahan weist damit nach dem Golestan-e Shohada, dem «Rosengarten der Märtyrer», eine zweite Gedenkstätte für die Gefallenen des irakisch-iranischen Kriegs der 1980er Jahre auf. Ein Krieg, der noch immer stark im Gedächtnis der IranerInnen verankert ist.

Nur mit extremem Personaleinsatz konnte der Iran nach der Islamischen Revolution den Angriffskrieg des irakischen Baath-Regimes abwehren. Insgesamt starben auf jeder Seite fast eine Million Menschen. Allein in Behesht-e Zahra, dem grössten «Märtyrerdorf» neben der monumentalen Grabmoschee Ayatollah Khomeinis im Süden Teherans, sind rund 200 000 «Märtyrer» begraben. Hier treffen sich traditioneller schiitischer Märtyrerkult, individuelle Trauer der betroffenen Familien und staatliche Propaganda. Shirin, die mit ihrem Mann gerade das Grab ihres Bruders besucht, trauert deshalb nicht nur um ihren im Alter von sechzehn Jahren gefallenen Bruder. Sie macht sich auch Sorgen um die Zukunft. «Werden die USA den Iran angreifen?», will sie wissen und weiss zugleich, dass auch ich als Besucher aus einem westlichen Land ihr darauf keine Antwort geben kann.

Warum das Atomprogramm zu einem Angriff der USA führen sollte,

leuchtet nicht ein. Dariush, ein alter Offizier der Schah-Armee, der «die Mullahs», wie er das Regime zusammenfasst, nicht leiden kann, will nicht verstehen, was denn das Problem mit dem Atomprogramm sei: «Wenn die Amerikaner uns angreifen, stehen wir alle zusammen, auch wenn wir die Regierung hassen!» Auch Teile der organisierten Opposition wie die kommunistische Tudeh-Partei erklären, dass der Iran ein «Recht auf die friedliche Nutzung der Atomenergie» habe. In dieser Frage kann der Westen im Iran kaum auf Verbündete zählen.

1347 verwarnte Frauen

Anders als beim Atomprogramm kann das iranische Regime bei der

Frage nach bürgerlichen Freiheiten und sozialen Problemen nicht auf die Zustimmung der gesamten Bevölkerung zählen. Die Regierung Mahmud Ahmedinejads hat nicht nur das Rauchen ins Visier genommen, sondern auch andere Verhaltensweisen, die er und seine Puristen für verwerflich halten. Bereits nach dem ersten Tag einer Kampagne gegen vermeintlich «unislamisch» gekleidete Frauen konnte sich am 22. April ein Polizeisprecher in Teheran über 1347 Verwarnungen von Frauen freuen. 170 Frauen seien von der Polizei vernommen worden, 58 von ihnen hätten aber wieder gehen dürfen, nachdem sie sich dazu verpflichtet hätten, ihre Kleidung und ihr Auftreten zu ändern. Dutzende Frauen wurden jedoch verhaftet und sollen sich nun vor Gericht verantworten. Ob sich die selbstbewussten iranischen Frauen davon langfristig einschüchtern lassen, wird sich jedoch noch erweisen müssen.

Als noch explosiver könnten sich auf lange Sicht die ökonomischen und sozialen Probleme, auch das sehr hohe Bevölkerungswachstum des Landes erweisen. Hinzu kommen Misswirtschaft und Korruption, was gerade bei den sozial deklassierten WählerInnen Mahmud Ahmedinejads grosse Unzufriedenheit mit ihrem Präsidenten auslöste. Bei den jüngsten Kommunalwahlen erlitten deshalb die AnhängerInnen des Präsidenten eine empfindliche Niederlage. Soziale Proteste wie die Streiks von Busfahrern und die LehrerInnenproteste sind an der Tagesordnung. Diese könnten sich für die Regierung als noch gefährlicher erweisen als die Einschränkungen der kleinen Freiheiten von Mittel- und Oberschichten. ■

Thomas Schmiedinger ist Politikwissenschaftler an der Uni Wien.

REPRESSION GEGEN ARBEITNEHMER/INNEN

gh. Vom 1. Mai bis zum 3. Mai 2007 wurden im Iran mehrere ArbeiterInnen verhaftet. Bei dem brutalen Vorgehen der Sicherheitskräfte und der Polizei gegen die DemonstrantInnen besonders in Teheran und Sanandaj während der Mai-Aktivitäten wurden mehrere ArbeiterInnen und ihre Familienangehörigen verletzt. Dies spielt sich vor dem Hintergrund einer Zuspitzung der sozialen Auseinandersetzungen im Iran ab. Im Januar streikten die Busfahrer. Die Gewerkschaft der Busbetriebsgewerkschaft Vahed ist nach wie vor geheimdienstlichen, polizeilichen und wirtschaftlichen Repressalien ausgesetzt. Drohungen und Einschüchterung der Busfahrer durch die Geheimpolizei werden fortgesetzt. Im März protestierten die LehrerInnen im Iran. Die Regierung hatte Mitte März mehr als tausend LehrerInnen verhaften lassen und damit deutlich gemacht, dass sie weitere Proteste für eine bessere Bezahlung unter keinen Umständen akzeptieren wird. Eine hohe Arbeitslosigkeit prägt das Land, allein im Jahr 2006 wurden 360 000 ArbeiterInnen entlassen.